

Gefährlicher Reformstau

In den letzten Jahren gingen Landwirtschaft und Umweltverbände pfleglich miteinander um. Nun, da mit der Agrarpolitik 2014–17 grundlegende Weichenstellungen anstehen, scheinen alte Differenzen wieder aufzubrechen. Marcel Liner von Pro Natura weist in seinem Podiumsbeitrag in dieser Zeitung auf die hohen Ziellücken der Schweizer Landwirtschaft bei der Biodiversität hin und fordert eine ökologischere Produktionsweise. Hansjörg Walter vom Schweizerischen Bauernverband (SBV) fühlt sich angegriffen und betont den Produktionsauftrag der Schweizer Landwirtschaft, der unter noch mehr Ökologie leiden würde.

In der Diskussion um die Agrarpolitik 2014–17 erhält man den Eindruck, es gehe vor allem um Ökologie. Zwar waren die hohen Ziellücken und das meist schlechte Abschneiden der Umweltleistungen der hiesigen Landwirtschaft im Vergleich mit dem europäischen Ausland ein wesentlicher Auslöser der Agrarreform. Aber eigentlich geht es um viel Grundsätzlicheres.

Geld für Leistung

Erinnern wir uns: Die Schweizer Landwirtschaft kostet Steuerzahler und Konsumenten gut 6 Milliarden Franken jährlich. Allein die Zahlungen des Bundes an die Bauernhöfe machen 3,5 Milliarden aus. Das ist sehr viel Geld, auch kaufkraftbereinigt ein Vielfaches im Vergleich zu den umliegenden Ländern. Untersuchungen unter anderem der eidgenössischen Forschungsanstalten haben wiederholt aufgezeigt, dass der Grossteil dieses Geldes wenig zur Erreichung der agrarpolitischen Ziele beiträgt und teilweise sogar kontraproduktiv wirkt. Das Parlament hat deshalb den Bundesrat beauftragt, Lösungen für eine effizientere Agrarpolitik zu erarbeiten.

Die unbestrittene, vom Bundesrat selber einst vorgeschlagene Lösung liegt darin, die bisher grösstenteils pauschal an die Bauern bezahlten Subventionen – die sogenannten Allgemeinen Direktzahlungen – in Beiträge für definierte Gegenleistungen umzulagern. Viele Betriebe, insbesondere solche im Berggebiet, würden von einer besseren Entschädigung ihrer bereits erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen profitieren.

Doch nach dem Willen des Bauernverbandes soll vor allem die «produzierende Landwirtschaft» gestützt werden, und zwar mit den sogenannten «Versorgungssicherheitsbeiträgen». Diese neu erfundene Beitragskategorie soll ebenso wie die bisherigen, stark kritisierten Allgemeinen Direktzahlungen pauschale Zahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe ermöglichen.

Modellrechnungen zeigen, dass diese «Versorgungssicherheitsbeiträge» schlicht nichts zur Versorgungssicherheit beitragen würden. Vielmehr halten sie ineffiziente, zu intensive und zu teure Produktionsformen und Infrastrukturen aufrecht oder fördern sie aktiv – was die Versorgungssicherheit sogar mindert und zudem die Umwelt unnötig belastet. In der Schweiz haben wir bereits jetzt, um nur zwei Beispiele zu nennen, ein Vielfaches an Traktoren-Pferdestärken pro Hektare als un-

ter vergleichbaren Bedingungen im umliegenden Ausland. Und wir produzieren, auch kaufkraftbereinigt, insgesamt ein Vielfaches teurer – so teuer, dass die Landwirtschaft trotz deutlich höherer Produzentenpreise als im Ausland praktisch nichts mehr verdient aus ihrer Produktion (das heisst ihr Einkommen in etwa noch den Direktzahlungen entspricht). Das ist eine dramatische Folge insbesondere der Pauschalzahlungen. Sie sollten den SBV deutlich mehr beruhigen als zusätzliche Beiträge für ökologische Leistungen.

Reform im Interesse der Bauern

Dass eine konsequente Agrarreform für die Zukunft der Landwirtschaft überlebenswichtig ist, sehen viele Bauern und die wichtigsten bäuerlichen Produzentenorganisationen kristallklar. Statt auf eine weitere Intensivierung der Produktion setzen sie auf Qualität und Wertschöpfung. Eine Reform hin zu Leistungsbeiträgen unterstützt diese Strategie. Der SBV isoliert sich mit seinem Einsatz für den Status quo selbst innerhalb der Bauernschaft immer mehr.

Dennoch ist das Bundesamt für Landwirtschaft dem SBV Schritt für Schritt massiv entgegengekommen und sieht nun für genau diese letztlich schädlichen «Versorgungssicherheitsbeiträge» jährlich über eine Milliarde Franken (!) vor. Doch nicht genug. Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat kürzlich dem SBV, der noch mehr fordert, an seiner Delegiertenversammlung weiteres Entgegenkommen signalisiert. Die Suppe wird das Parlament bei seinen Beratungen in der Sommersession auslöffeln müssen mit starken Korrekturen, um die Agrarpolitik wieder auf eine zukunftsfähige Bahn zu bringen.



Andreas Bosshard

ist Geschäftsführer der Denkwerkstatt Vision Landwirtschaft.